

Inhaltsverzeichnis

Seite

LITERATURVERZEICHNIS	14
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	43
EINFÜHRUNG	45
§ 1 GEMEINWOHLBINDUNG DER AG IN DER GESCHICHTE DES DEUTSCHEN AKTIENRECHTS - EIN ÜBERBLICK	51
I. Octroisystem	52
II. Konzessionssystem	54
III. Normativsystem	59
1. § 70 Abs. 1 AktG 1937	60
2. § 76 Abs. 1	62
§ 2 RECHTSGRUNDLAGE DER GEMEINWOHLBINDUNG IM AKTG 1965	65
I. Fortgeltung der Gemeinwohlklausel des § 70 Abs. 1 AktG 1937	65
1. § 396 als Rechtsgrundlage der Fort- geltung	65
2. Äußerungen der Legislative als Rechts- grundlage der Fortgeltung	66
3. § 49 Abs. 1 BetrVG 1952 als Rechts- grundlage der Fortgeltung	67
4. Schlichte Fortgeltung	67
5. Keine Fortgeltung	68
II. Zur Legitimation der Leitungsmacht	69
1. Privatautonomie (Art. 2 Abs. 1 GG)	71
2. Eigentum (Art. 14 GG)	75
3. Leitungsmacht - eine besondere Privat- rechtsmacht	77
III. Gemeinwohlbindung als immanente Schranke der Leitungsmacht	79
1. Limitierende Gemeinwohlbindung (Art. 14 Abs. 2 GG)	79

	Seite
a) Differenzierung nach dem Gegenstand des Unternehmens	82
b) Differenzierung nach der Größe des Unternehmens	84
c) Differenzierung nach der wirtschaftlichen Macht des Unternehmens	85
2. Gestaltende Gemeinwohlbindung (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG)	85
IV. Gemeinwohlklausel (§ 70 Abs. 1 AktG 1937) und Gemeinwohlbindung (AktG 1965) - ein Vergleich	90
1. Adressat	90
2. Standort	92
3. Inhalt	93
4. Unabdingbarkeit	95
V. Gemeinwohlbindung und Aufsichtsrat/Hauptversammlung	96
1. Stand der Meinungen	96
2. Eigene Ansicht	97
a) Rechtsgrund	97
b) Umfang	99
VI. Gesetzliche Normierung der Gemeinwohlbindung (rechtspolitisch)	101
1. Funktional	101
2. Institutionell	101
§ 3 ZUM MATERIELLEN INHALT DES GEMEINWOHLS	105
I. Stand der Meinungen	105
1. Gemeinwohl ohne eigenständigen Inhalt	105
2. Inhaltliche Konkretisierungen des Gemeinwohls	106
a) Gemeinwohl mit negativem Inhalt	107

	Seite
b) Gemeinwohl als Gegensatz zu anderen Interessen	108
c) Abstellen auf konkrete Konfliktsituationen	109
II. Kritik und eigene Ansicht	111
1. Gemeinwohl und demokratischer Verfassungsstaat	111
2. Maßstäbe des Gemeinwohls	116
3. Negative Klarstellungen	118
4. Eingrenzung von Gemeinwohlmaßstäben?	120
III. Konkretisierungen des Gemeinwohls	122
1. Gesetzliche Konkretisierungen (rechtspolitisch)	122
2. Konkretisierungen in der Satzung	123
§ 4 GEMEINWOHLBINDUNG UND MASSTAB DES ORDENTLICHEN UND GEWISSENHAFTEN GESCHÄFTSLEITERS	129
I. Die bei der Leitung einer AG zu berücksichtigenden Interessen	129
1. Gesellschaftsinteresse	130
2. Aktionärsinteresse	130
3. Arbeitnehmerinteresse	132
4. Unternehmensinteresse	133
II. Gemeinwohl und andere Interessen - ein Rangproblem?	133
1. Prävalenz des Aktionärsinteresses	134
2. Prävalenz des Gemeinwohls	134
3. Ranggleichheit zwischen Gemeinwohl und anderen Interessen	135
4. Eigene Ansicht	135

	Seite
III. Gemeinwohlbindung und Sorgfaltsmaßstab des § 93 Abs. 1 - Stand der Meinungen und Kritik	136
1. Die juristische Bedeutung der Gemein- wohlbindung	136
a) Gemeinwohlbindung als Ermächtigung des Vorstands gegenüber der AG	137
b) Gemeinwohlbindung als pflichten- begründende Rechtsnorm	138
c) Kritik	139
2. Die eigenständige Bedeutung der Gemeinwohlbindung	141
3. Die praktische Bedeutung der Gemein- wohlbindung	143
4. § 76 Abs. 1 und § 93 Abs. 1 - die Grenzen des Leitungsermessens	146
IV. Gemeinwohlbindung und Sorgfaltsmaßstab des § 93 Abs. 1 - eigene Ansicht	151
1. Limitierende Gemeinwohlbindung und Sorgfaltsmaßstab	151
a) Einzelpflichten?	151
b) Ermessensspielraum	152
c) Ermessensausübung	156
aa) Einbeziehung aller Gemeinwohl- maßstäbe	156
bb) Divergierende Gemeinwohlmaßstäbe	158
cc) Ermessen und Limitierungsgebot	160
2. Gestaltende Gemeinwohlbindung und Sorgfaltsmaßstab	164
a) Einzelpflichten	165
b) Ermessensspielraum	168
aa) §§ 77 Abs. 3, 98 Abs. 4 AktG 1937	169
bb) Freiwillige soziale Leistungen	170
cc) Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen	172

	Seite
c) Ermessensausübung	174
3. Sozialbilanz	177
§ 5 LEITUNGSMACHT UND GEMEINWOHLBINDUNG	181
I. Zuständigkeit für Maßnahmen der Gemeinwohllbindung	181
1. Zuständigkeit des Vorstands	181
2. Zuständigkeit der Hauptversammlung	184
II. Maßnahmen der limitierenden Gemeinwohllbindung	186
1. Rechtsform	186
2. VW-Preisempfehlung 1962	188
3. Selbstbeschränkungsabkommen in der Zigarettenindustrie	191
4. Kohle-Öl-Kartell vom 20. Dezember 1958	195
5. Selbstbeschränkungsabkommen der Mineralölkonzerne vom November 1964	197
6. Selbstbeschränkung der Unternehmen der Elektrizitätsversorgung	199
7. Expansionsbeschränkung der Großunternehmen des Einzelhandels	201
8. Importbeschränkungen in die BRD	202
9. Sanierung von Unternehmen	203
III. Maßnahmen der gestaltenden Gemeinwohllbindung	206
1. Rechtsformen	206
2. Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen	208
3. Zuwendungen an politische Parteien	211
4. Sozialpläne und Rationalisierungsschutzabkommen	215
5. Ausgabe von Belegschaftsaktien	216
§ 6 SANKTIONEN	219
I. Sanktionen im Außenverhältnis	219
1. Auflösung der AG (§ 396 Abs. 1)?	220

	Seite
2. Spezialgesetzliche Auflösungsbestimmungen?	223
3. Erfüllungsansprüche, Vertragsstrafen	223
4. Politische Sanktionen	225
5. Ansprüche aus Art. 14 Abs. 2 Satz 2 GG?	227
II. Sanktionen im gesellschaftlichen Innenverhältnis	229
1. Bedeutung der Gemeinwohlbindung im Verhältnis Vorstand/Hauptversammlung - Überblick	230
2. Bedeutung der Gemeinwohlbindung im Verhältnis Vorstand/Aufsichtsrat - Überblick	232
3. Bedeutung der Gemeinwohlbindung im Verhältnis Vorstand/Dritte - Überblick	234
a) Aktionäre	234
b) Gläubiger	235
c) Abschlußprüfer	235
d) Sonderprüfer	236
e) Angestellte	236
4. Schadensersatz	237
a) Ansprüche gem. §§ 93 Abs. 2, Abs. 5, 117 Abs. 2, Abs. 5	237
b) Ansprüche gem. §§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 266 StGB, 826 BGB	240
5. Widerruf der organschaftlichen Be- stellung (§ 84 Abs. 3)	241
a) Grobe Pflichtverletzung	241
b) Vertrauensentzug durch die Haupt- versammlung	242
6. Entlastung durch die Hauptversammlung (§ 120)	244
7. Entscheidung der Hauptversammlung über Fragen der Geschäftsführung (§ 119 Abs. 2)	246

	Seite
8. Klage auf Ausübung der Organfunktionen (§§ 76, 112)	248
9. Zustimmung des Aufsichtsrates zu Maßnahmen der Geschäftsführung (§ 111 Abs. 4 Satz 2)	249
10. Anfechtung des Beschlusses über die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 257)?	250
11. Sanktionen aus dem Anstellungsvertrag	251
a) Kündigung aus wichtigem Grund (§ 626 Abs. 1 BGB)	251
b) Schadensersatz wegen positiver Forderungsverletzung	252
III. Schlußbetrachtung	252